

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 117 (1991)
Heft: 10

Rubrik: Bundeshuus-Wösch

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Adolf Ogi, Bundesrat

«So haben wir nicht gewettet, Herr Bundesrat Ogi!» titelte ein besonders mutiger *Weltwoche*-Journalist in der Ausgabe vom 13. Februar. Diese Botschaft dürfte den Angesprochenen noch erreicht haben. Die nächste Nummer der *Weltwoche* allerdings, jene vom 20. Februar, hat Ogis Entourage wohl vorsorglich abgefangen. Das Exemplar, fein säuberlich – wenn auch etwas taktlos – adressiert an «Adolf Ogi, Bundesrat, 3003 Bern», liegt, unter einem Stapel anderer Presseerzeugnisse begraben, im Vorzimmer des Magistraten.

Wahltest

Um den Leserinnen und Lesern Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse im Fach Staatskunde schon jetzt im Hinblick auf die nächsten Nationalratswahlen zu vertiefen, hier ein kleiner Test. Drei Fragen:

1. Was verkauft ein Schuhvertreter?
2. Was verkauft ein Staubsaugervertreter?
3. Was verkauft ein Volksvertreter?

Wer alle drei Fragen korrekt beantwortet hat (Antworten siehe unten rechts), erhält zur Belohnung den Fähigkeitsausweis, als Nationalratskandidat(in) auftreten zu können. Wer nur die beiden ersten Fragen richtig hat, bleibt immerhin als Wähler(in) weiterhin qualifiziert.



Crash-Politik

Die ehemalige Berner Regierungsrätin der Freien Liste (Grüne Partei), Leni Robert, will in den Ständerat. Sie halte es ohne Politik fast nicht mehr aus. Sie wolle antreten gegen die «Crash-Politik», die zurzeit allerorten betrieben werde. Gut und schön. Da kann sie zuerst bei ihrem Wahlbündnis im Kanton Bern beginnen. Das ist nämlich auch auf Crash ausgelegt. Die Sozialdemokraten wollen nämlich nicht mit den Grünen den Wahlherbst erleben. Die Grünen ihrerseits wollen lieber nicht mit dem Landesring in den Ring treten. Ob eine solche Politik nicht einen Crash erleben wird?

Mut für Frauen

Immer wieder geistert die Mär durch unser Land, das Parlament sei frauenfeindlich. Dem ist nicht so. Im Gegenteil. Am 14. Dezember überwies der Nationalrat einen Vorstoss zur zwangsweisen Einführung des Frauenstimmrechts in Appenzell Innerrho-

den, obwohl er überholt war. Das Bundesgericht hatte am 27. November beschlossen, dass ab sofort das Frauenstimmrecht in Appenzell I. Rh. gilt! Doch damit nicht genug. Noch doppelter (falls das der Duden erlaubt) nähte die CVP. Sie veröffentlichte nämlich in ihrem Pressedienst vom 21. Januar 1991 noch die «Antwort des Bundesrates vom 1. Oktober 1990 auf eben jene Motion der CVP-Fraktion vom 5. Juni» betreffend Frauenstimmrecht Appenzell I. Rh.. Lisette freut sich natürlich riesig ob soviel Feminismus, hätte ihn sich allerdings lieber etwas früher gewünscht.

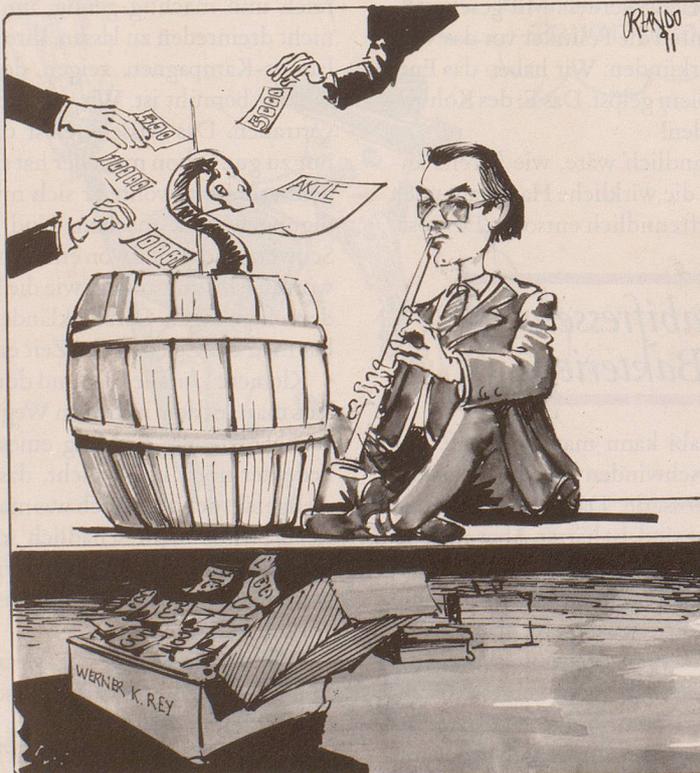
Cottis Alleingang

«Wir können uns keinen Alleingang leisten.» Mit diesen Worten begründete Bundespräsident Flavio Cotti den Entscheid des Bundesrats, keine Strafbefreiung für Drogenkonsumenten vorzusehen. Gret Haller aber, Berner SP-Nationalrätin und Mitglied der Parlamentarierdelegation beim Europarat, gibt bekannt, dass die Begründung des Entscheids «teilweise unzutreffend» sei. Die Parlamentarische Versammlung des Europarats habe am 1. Februar in einer Empfehlung zuhanden des Ministerkomitees «ausdrücklich festgehalten», dass für Drogenkonsumenten «die Strafverfolgung kein adäquates Mittel» darstelle.

Nun muss ein runder Tisch her

Die Staatskrise ist da. Nach der Verbalattacke des FDP-Fraktionschefs Pascal Couchepin gegenüber Bundesrat Arnold Koller wegen der Fichenaffaire, erlebte das Land einen gekränkten Bundesrat Koller und eine noch mehr gekränkte echoende Parteipräsidentin Eva Segmüller. Doch das schien nicht zu reichen. CVP-Generalsekretär Iwan Rickbacher liess für die Bundesratsparteien-Gespräche vor der Märzsession allen Ernstes eine «Erklärung der Bundesratsparteien» aufsetzen, die vorsah, «dem Bundesrat hochoffiziell das Vertrauen auszusprechen.» Die Bundesratsparteien müssten jetzt doch zusammenstehen. Da die Angehörten für diese Idee kein Musikgehör hatten, unterblieb allerdings die Aktion. Was nur so zu interpretieren ist, dass die Bundesratsparteien dem Bundesrat nicht das Vertrauen ausgesprochen haben. Weit ist es gekommen. Lisette ist jetzt auf der Suche nach einem runden Tisch.

Lisette Chlämmerli



Schlangenfrass im Fass ohne Boden

Antwort 1: Schuhe
Antwort 2: Staubsauger
Antwort 3: Das Volk